Für unser Land – für unsere Werte

Kurzfassung des Wahlprogramms der AfD Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2016

Am 13. März AfD wählen!

Alternative für Deutschland

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg, liebe Wähler,

die bevorstehenden Landtagswahlen in unserem Bundesland Baden-Württemberg sind weit mehr als in früheren Jahren eine fundamentale Richtungsentscheidung. Unter der früheren schwarz-gelben wie noch verschärft unter der aktuellen grün-roten Landesregierung hat sich unser wunderschönes, einzigartiges und bewahrenswertes Land schrittweise auf eine abschüssige Bahn begeben. Dies gilt für alle Kernbereiche der Landespolitik.

Die Defizite in den Bereichen der Familien- und Schulpolitik werden immer offenkundiger und durch die einseitige Förderung der Gemeinschaftsschulen noch beschleunigt. Die überstürzte und kopflose Energiewende entpuppt sich als teures und in dieser Form unsinniges Debakel. Die innere Sicherheit ist infolge verfehlter Sparpolitik in den Bereichen Justiz und Polizei immer stärker gefährdet. Hinzu kommt nun eine katastrophale Asylpolitik des Bundes, die von allen etablierten Parteien auch auf Landesebene mitgetragen wird.

Wir, die Alternative für Deutschland, bieten Ihnen zu alledem eine klare Alternative an, wie Sie der vorliegenden Broschüre entnehmen können:

1. Asyl- und Einwanderungspolitik ____ Seite 3
2. Innere Sicherheit ____ Seite 4
3. Familien- und Bildungspolitik ____ Seite 5
4. Energiepolitik ____ Seite 6
5. EURO und TTIP ____ Seite 7
6. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk ____ Seite 7

Unser ausführliches Wahlprogramm mit vielen weiteren Themen wie Infrastruktur, Mittelstandspolitik und Landwirtschaft können Sie hier online einsehen: **www.afd-bw.de/wahlprogramm**

Ich bitte Sie herzlich um Ihre Stimme für die AfD am 13. März.
Dieses Land hat eine bessere Politik dringend nötig und verdient!

Ihr

Prof. Dr. Jörg Meuthen
AfD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2016

1. Asyl- und Einwanderungspolitik

Die Öffnung der Grenzen in Verbindung mit der Direktive von Bundeskanzlerin Merkel „Wir schaffen das!" führt immer mehr zu Unmut in der Bevölkerung. Turnhallen und Kasernen werden zu Flüchtlingsheimen, riesige Zeltstädte werden als Flüchtlingslager aufgebaut, und kein Ende des Zustroms ist in Sicht. Unser Land ist mit den enormen Flüchtlingszahlen überfordert, Parallelgesellschaften sind vorprogrammiert, die innere Sicherheit kann nicht mehr gewährleistet werden. Schon jetzt arbeitet unsere Polizei am Limit!

Die kopflose Flüchtlingspolitik – Fehlanreize, langsame und komplizierte Asylverfahren und der Bruch von Recht und Gesetz durch die Bundesregierung – sind die Gründe dafür, dass bis Ende des Jahres 2015 rund 1,5 Mio. Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind, von denen ein großer Teil noch nicht einmal registriert ist.

Die AfD fordert daher:

- Illegale und unkontrollierte Einwanderung durch sofortige Sicherung unserer nationalen Grenzen stoppen
- Konsequente Schließung der EU-Außengrenzen – Rückführung der Bootsflüchtlinge in die Heimathäfen
- Asylmissbrauch sofort beenden durch die konsequente Anwendung des Artikel 16a des Grundgesetzes – Kein Asyl bei Einreise über sichere Drittstaaten und für Personen aus sicheren Herkunftsländern
- Fehlanreize beseitigen – z.B. durch Sach- statt Geldleistungen
- Konsequente Rückführung abgelehnter oder straffällig gewordener Asylbewerber
- Kultur- und heimatnahe Unterbringung von Bürgerkriegsflüchtlingen in den Herkunftsregionen
- Beschleunigung des Asylanerkennungsverfahrens auf max. 6 Wochen und 48-Stunden-Schnellverfahren für Ankömmlinge aus sicheren Herkunftsstaaten

2. Innere Sicherheit

„Die Polizei Baden-Württemberg organisiert sich neu – für Ihre und unsere Zukunft!“ so wurde die Polizeireform in Baden-Württemberg den Bürgern im Dezember 2012 vorgestellt. Versprochen wurde eine deutliche Straffung der Aufbauorganisation, neue regionale Polizeipräsidien usw. – alles sollte besser werden. Geschehen ist das Gegenteil.

Bereits im Mai 2013 warnte die Polizeigewerkschaft vor massivem Stellenabbau und der Unterversorgung insbesondere im ländlichen Raum. Trotzdem wurden viele örtliche Polizeiposten geschlossen, die Innere Sicherheit ist inzwischen akut gefährdet. Nicht nur bei ihrem Vorgehen gegen die islamistische Szene stößt die Polizei an ihre personellen Grenzen, auch die organisierte Einbruchskriminalität kann nicht mehr wirksam bekämpft werden. Und wie die dramatischen Ereignisse in der Silvesternacht in Köln zeigen, können sich Frauen auf unseren Straßen nicht mehr überall sicher fühlen.

Die AfD fordert daher:

- Personalabbau sofort stoppen, stattdessen Aufstockung der Stellen bei der Polizei
- Mehr Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit
- Strikte Null-Toleranz-Politik gegenüber Gewalt und Kriminalität
- Auch den Linksextremismus konsequent bekämpfen, nicht nur Rechtsextremismus
- Beseitigung aller „rechtsfreien Räume“, insbesondere der Angsträume für Frauen
- Effektive Maßnahmen gegen in- und ausländische Einbrecherbanden

3. Familien- und Bildungspolitik

Gender-Ideologen haben die Geschlechterpolarität zwischen Mann und Frau und die „Zwangsheterosexualität" als vermeintliche Ursache für die Unterdrückung der Frau und sexueller Minderheiten ausgemacht. Sie wollen durch die flächendeckende Umsetzung der Genderideologie unsere Gesellschaft an der Wurzel verändern. Nicht mehr zwei Geschlechter soll es geben, sondern „viele", darunter Bi-, Inter- und Transsexuelle. Die Politik des sogenannten „Gender Mainstreaming" hat bereits massive Auswirkungen auf die Familien- und Bildungspolitik und damit auf unseren Alltag.

Entgegen Artikel 6 (1) Grundgesetz, wonach Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen, ist die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Planung. Diese hätte zur Folge, dass gleichgeschlechtliche Paare auch Kinder adoptieren dürften. Kinder brauchen jedoch Vater und Mutter.

Obwohl nach Artikel 6 (2) die Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern ist, wird die Frühsexualisierung unserer Kinder in Kindergärten und Schulen trotz erheblicher Widerstände der Eltern von der grün-roten Landesregierung ungeniert vorangetrieben. Auch in der Familien- und Rentenpolitik ist die Entwertung der traditionellen Familie im vollen Gange.

Die AfD fordert daher:

- Eine Willkommenskultur für unsere Kinder – Geburtensteigerung durch Wertschätzung und massive steuerliche Entlastung der traditionellen Familie
- Gute Schulbildung anstatt bildungspolitischer Experimente und Frühsexualisierung der Kinder
- Optimale individuelle Förderung unserer Kinder durch Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems sowie der bewährten deutschen Sonderschulen
- Ersatzlose Streichung aller Stellen, Mittel und Maßnahmen zur Umsetzung des „Gender Mainstreaming"
- Keine Verunstaltung der deutschen Sprache durch „Gender-Neusprech"

4. Energiepolitik

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wie Photovoltaik, Biomasse, Wind- und Wasserkraft wird mit dem Kampf gegen den Klimawandel begründet. Dabei ist der deutsche Anteil am weltweiten CO_2-Ausstoß mit 2% verschwindend gering. Obwohl eine weitere Reduzierung auf das Weltklima keinerlei Einfluss hat, nimmt man die Verunstaltung unserer Kulturlandschaften mit hässlichen, naturzerstörenden und gesundheitsschädlichen Windrädern in Kauf.

Mit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde eine Subventionswelle in Gang gesetzt, die ihresgleichen sucht. Das Ergebnis sind deutlich gestiegene Strompreise, deren Höchststand noch lange nicht erreicht ist. Wegen der Unbeständigkeit und der geringen Energieausbeute von Solar- und Windanlagen müssen konventionelle Kraftwerke auf Dauer erhalten bleiben, sonst droht das Stromnetz zusammenzubrechen.

Selbst das „grüne" Umweltministerium schließt ab 2018 einen großen Blackout nicht mehr aus. Im Übrigen sind Windanlagen nicht nur wahre Vogelkiller, durch ihre Infraschall-Emissionen wirken sie auch massiv gesundheitsschädlich auf die Anwohner.

Die AfD fordert daher:

- Bezahlbaren Strom für alle – Subventionen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) abschaffen
- Schutz von Natur und menschlicher Gesundheit – Ausbau der Windenergie stoppen
- Ein zehnjähriges Moratorium zur Beibehaltung des gegenwärtigen Energiemixes – Erhaltung der sicheren Stromversorgung auch über 2018 hinaus

5. EURO und TTIP

Die EURO-Rettungspolitik hat die EU in eine Schuldentransferunion verwandelt. Die Europäische Zentralbank ist durch den massiven Ankauf von Staatsanleihen bankrotter Staaten zu einer gigantischen „Bad Bank" geworden. Der schier unbegrenzten Verschuldung der Staaten wurde Tür und Tor geöffnet.

Leidtragende dieser Entwicklung sind die Steuerzahler, die am Ende für die Verschuldung der Banken und Staaten geradestehen müssen. Auch wenn es die Regierenden in Brüssel und Berlin noch immer leugnen: Der EURO ist gescheitert!

Der erhoffte Wirtschaftsaufschwung in der EU durch Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA, die im Geheimen verhandelt werden, würde allenfalls minimal ausfallen und wäre erkauft durch einen massiven Eingriff in elementare Souveränitätsrechte der europäischen Nationalstaaten.

Die AfD fordert daher:

- Ein Europa der souveränen und eigenverantwortlichen Staaten – kein EU-Zentralstaat
- Volksabstimmungen über den EURO
- Beendigung der Verhandlungen über TTIP und TISA – für einen fairen Freihandel ohne Souveränitätseinbußen für Deutschland und Europa

6. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Die GEZ, „Beitragsservice" für ARD, ZDF und Deutschlandradio genannt, ist eine Zwangsgebühr für alle, die unabhängig von der Nutzung für jeden Haushalt mit 17,50 € pro Monat (210 € pro Jahr) zu Buche schlägt. Der Einzug dieser Zwangsgebühren wird mit dem Rundfunkstaatsvertrag und dem damit verbundenen Informations- und Bildungsauftrag begründet. Von einer unabhängigen und ausgewogenen Berichterstattung zu aktuellen Themen kann jedoch keine Rede sein. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die jährlich Milliarden an Beiträgen verschlingen, stehen unter der Kontrolle der regierenden Parteien und stellen keine kritische Instanz gegenüber diesen mehr dar.

Die AfD fordert daher:

- Abschaffung der nutzungsunabhängigen Zwangsgebühren
- Unabhängige Rundfunkräte – Besinnung auf den Informations- und Bildungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
- Drastische Verschlankung der staatlichen Rundfunkanstalten – deutliche Reduzierung der Gebühren für die Nutzer

Ihre Kandidaten der AfD zur Landtagswahl 2016 in den Wahlkreisen Baden-Württembergs:

1 Stuttgart I – **Alexander Beresowski**
2 Stuttgart II – **Prof. Dr. Dirk Stroeder**
3 Stuttgart III – **Bernd Klingler**
4 Stuttgart IV – **Eberhard Brett**
5 Böblingen – **Dr. Markus Widenmeyer**
6 Leonberg – **Miguel Klauß**
7 Esslingen – **Ulrich Sterra**
8 Kirchheim – **Ulrich Sterra**
9 Nürtingen – **Daniel Lindenschmid**
10 Göppingen – **Dr. Heinrich Fiechtner**
11 Geislingen – **Willy Kotzbauer**
12 Ludwigsburg – **Dieter Mangold**
13 Vaihingen – **Anja Markmann**
14 Bietigheim-Bissingen – **Dr. Roland Mackert**
15 Waiblingen – **Stephan Schwarz**
16 Schorndorf – **Martin Huschka**
17 Backnang – **Prof. Dr. Jörg Meuthen**
18 Heilbronn – **Dr. Rainer Podeswa**
19 Eppingen – **Thomas Palka**
20 Neckarsulm – **Carola Wolle**
21 Hohenlohe – **Anton Baron**
22 Schwäbisch Hall – **Udo Stein**
23 Main-Tauber – **Dr. Christina Baum**
24 Heidenheim – **Dr. Heiner Merz**
25 Schwäbisch Gmünd – **Jan Czada**
26 Aalen – **Jan Czada**
27 Karlsruhe I – **Dr. Paul Schmidt**
28 Karlsruhe II – **Marc Bernhard**
29 Bruchsal – **Dr. Rainer Balzer**
30 Bretten – **Prof. Dr. Jörg Meuthen**
31 Ettlingen – **Alexander Arpaschi**
32 Rastatt – **Manuel Speck**
33 Baden-Baden – **Joachim Kuhs**
34 Heidelberg – **Matthias Niebel**
35 Mannheim I – **Rüdiger Klos**
36 Mannheim II – **Robert Schmidt**
37 Wiesloch – **Claudia Martin**
38 Neckar-Odenwald – **Uwe Wanke**
39 Weinheim – **Michael Ott**
40 Schwetzingen – **Klaus-Günther Voigtmann**
41 Sinsheim – **Jörg Junger**
42 Pforzheim – **Dr. Bernd Grimmer**
43 Calw – **Dr. Heinrich Kuhn**
44 Enz – **Bernd Gögel**
45 Freudenstadt – **Roland Tischbein**
46 Freiburg I – **Andreas Juschkat**
47 Freiburg II – **Dr. Wolfgang Ott**
48 Breisgau – **Volker Kempf**
49 Emmendingen – **Oliver Pendzialek**
50 Lahr – **Thomas Seitz**
51 Offenburg – **Stefan Räpple**
52 Kehl – **Stefan Räpple**
53 Rottweil – **Emil Sänze**
54 Villingen-Schwenningen – **Markus Frohnmaier**
55 Tuttlingen-Donaueschingen – **Lars Patrick Berg**
56 Konstanz – **Cay Amey**
57 Singen – **Dr. Wolfgang Gedeon**
58 Lörrach – **Wolfgang Fuhl**
59 Waldshut – **Wolfgang Frommann**
60 Reutlingen – **Wolfram Hirt**
61 Hechingen-Münsingen – **Carola Wolle**
62 Tübingen – **Markus Rölle**
63 Balingen – **Stefan Herre**
64 Ulm – **Eugen Ciresa**
65 Ehingen – **Daniel Rottmann**
66 Biberach – **Michael Vogel**
67 Bodensee – **Dr. Alice Weidel**
68 Wangen – **Friedrich-Thorsten Müller**
69 Ravensburg – **Helmut Dietz**
70 Sigmaringen – **Anastasija Koren**

V.i.S.d.P.: Alternative für Deutschland (AfD) • Landesverband Baden-Württemberg
Zettachring 6 • 70567 Stuttgart
Spendenkonto: IBAN: DE 70 6009 0100 0241 0220 02 • BIC: VOBADESSXXX
www.afd-bw.de

Alternative für Deutschland